

Brüssel, 23. März 2017

Pressemitteilung Europaabgeordneter Thomas Händel (DIE LINKE.)

Griechenland: Europäische Normen und Standards verteidigen – dem IWF widersprechen!

In dem mit der Europäischen Kommission unterzeichneten Memorandum of Understanding vom 19. August 2015 sagte die griechische Regierung zu, sie werde ‚bis Oktober 2015 einen von unabhängigen Sachverständigen geführten Konsultationsprozess einleiten, um unter Berücksichtigung von auf internationaler und europäischer Ebene bewährten Verfahren eine Reihe bestehender Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, darunter Massenentlassungen, Arbeitskampfmaßnahmen und Tarifverhandlungen ... Nach Abschluss des Prüfungsprozesses werden die Behörden die Rahmen für Massenentlassungen und Arbeitskampfmaßnahmen sowie das Tarifverhandlungssystem an die in der EU geltenden bewährten Verfahren („best practice“) anpassen (...)'.

Die Verhandlungen zu einem Agreement zwischen der griechischen Regierung einerseits und der EU-Kommission, der EZB, des ESM und des IWF andererseits, gestalten sich nach Informationen des Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses, Thomas Händel, schwieriger als erwartet. Vor allem beim Thema der ‚Arbeitsmarktreformen‘ blockiere der IWF die gefundenen Lösungen der unabhängigen Expertengruppe, die 2015 eingerichtet wurde.

Nach aktuellen Informationen widersetze sich nun der IWF – entgegen den Empfehlungen der Expertengruppe – dem Vorschlag auf Wiedereinführung ‚normaler‘ Tarifverhandlungen, wie sie dem EU-Standard entsprechen, und besteht auf einer unternehmerfreundlichen Regelung für Massenentlassungen. Die Vertreter des IWF verweigerten demnach in dieser Frage jede inhaltliche Diskussion.

„In einem Brief an Kommissionspräsident Juncker bitte ich nachdringlich um seine Unterstützung, dass die EU in dieser Frage ihre eigenen Normen und Maßstäbe gegen den IWF verteidigt“, so Händel. Sollte sich der IWF in dieser Frage durchsetzen, wäre dies ein schlechtes Zeichen für die eigene Gestaltung eines arbeitsrechtlichen EU-Rahmens, der unseren jahrzehntelang bewährten Regelungen und Praktiken entspricht. Ein soziales Europa kann sich nicht die Bedingungen von außen diktieren lassen – auch nicht in Griechenland.

Den Brief an Kommissionspräsident Juncker im Wortlaut finden Sie im Anhang.

Committee on Employment and Social Affairs
The Chair

Commission Européenne
Mr Jean-Claude Juncker
Président
CHARL 9/234
Rue de la Loi 200
1049 Bruxelles

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Verhandlungen zu einem Agreement zwischen der griechischen Regierung einerseits und der EU-Kommission, der EZB, des ESM und des IWF andererseits, gestalten sich nach meinen Informationen schwieriger als erwartet. Vor allem beim Thema der „Arbeitsmarktreformen“ blockiert der IWF die gefundenen Lösungen der unabhängigen Expertengruppe, die 2015 eingerichtet wurde.

In dem mit der Europäischen Kommission unterzeichneten *Memorandum of Understanding* vom 19. August 2015 sagte die griechische Regierung zu, sie werde „bis Oktober 2015 einen von unabhängigen Sachverständigen geführten Konsultationsprozess einleiten, um unter Berücksichtigung von auf internationaler und europäischer Ebene bewährten Verfahren eine Reihe bestehender Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, darunter Massenentlassungen, Arbeitskampfmaßnahmen und Tarifverhandlungen... Nach Abschluss des Prüfungsprozesses werden die Behörden die Rahmen für Massenentlassungen und Arbeitskampfmaßnahmen sowie das Tarifverhandlungssystem an die in der EU geltenden bewährten Verfahren („best practice“) anpassen (...)“.

Die Sachverständigengruppe übergab ihre Empfehlungen Ende September 2016 an die griechische Regierung und die Europäische Kommission. Die Gruppe wurde in ihrer Arbeit von den Institutionen und der griechischen Regierung unterstützt. Sie hörte die Sozialpartner, andere griechische Experten sowie die IAO. Die Sachverständigengruppe erreichte einen Konsens bei den meisten ihrer Empfehlungen. Sie stimmte in acht von zwölf Empfehlungen ganz und bei einer Empfehlung teilweise überein. Die abweichenden Meinungen wurden in einem Sondervotum hinzugefügt.

Nach meinen aktuellen Informationen widersetzt sich nun der IWF – entgegen den Empfehlungen der Expertengruppe – dem Vorschlag auf Wiedereinführung „normaler“

Tarifverhandlungen, wie sie dem EU-Standard entsprechen, und besteht auf einer unternehmerfreundlichen Regelung für Massenentlassungen. Die Vertreter des IWF verweigerten in dieser Frage jede inhaltliche Diskussion.

Zu meiner großen Enttäuschung haben die Vertreter der europäischen Institutionen zu den Forderungen des IWF geschwiegen, so als teilten sie die Meinung, dass der Schuldner das Diktat der Gläubiger fraglos hinzunehmen habe. Dabei widersprechen die Forderungen des IWF in dieser Frage den gemeinsamen EU-Standards, auf die sich auch das Experten-Gutachten bezieht, das die Gläubiger als Grundlage für die griechischen Arbeitsmarktreformen akzeptiert haben. Ich hege den Verdacht, dass auch dieses Thema als weiterer Hebel benutzt werden soll, um eine tragfähige Vereinbarung zu verhindern, in Folge ein Exempel zu statuieren und Griechenland aus dem Euro zu drängen.

Ich setze auf Ihre Unterstützung, dass die EU in dieser Frage ihre eigenen Normen und Maßstäbe gegen den IWF verteidigt. Sollte sich der IWF in dieser Frage durchsetzen, wäre dies ein schlechtes Zeichen für die eigene Gestaltung eines arbeitsrechtlichen EU-Rahmens, der unseren jahrzehntelang bewährten Regelungen und Praktiken entspricht. Ein soziales Europa kann sich nicht die Bedingungen von außen diktieren lassen – auch nicht in Griechenland.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Händel' with a stylized initial 'T'.

Thomas Händel
EMPL Vorsitzender